



PODIUM

Bluten nun Schweizer Steuerzahler für das Fehlkonstrukt Euro?

In den vergangenen Monaten tätigte die Nationalbank für Milliarden Euro-Stützungskäufe, um den Franken-Euro-Kurs künstlich zu stabilisieren. Ohne Wirkung, der Euro zieht weiter nach unten. In der Kasse der Nationalbank blieb ein Milliardenloch zurück. Offenbar wurden damit riskante Staatsanleihen von EU-Staaten gekauft. Die Währungsrisiken steigen. Mittelfristig droht eine Geldentwertung, was Wohlstand und Stabilität gefährdet. Zudem wurde die Geldmenge mit dieser ultraexpansiven Geldpolitik mehr als verdoppelt. Die Aufblähung ist fast so heftig wie bei der EZB und beim FED. Das ist besorgniserregend. Genauso beunruhigend ist, wie viele Milliarden mit den Goldverkäufen in den letzten Jahren zerstört wurden.

Nicht zumutbar

Doch damit nicht genug. Die Schweiz soll sich nun auch noch mit zusätzlichen 30 Milliarden an Rettungsmassnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) beteiligen. Der Ständerat hat bei ganz wenigen Gegenstimmen bereits grünes Licht gegeben. Der IWF verlangt einerseits von der Schweiz einen Übergangskredit von zwölftehalb Milliarden für rasches Eingreifen bei drohenden Staatsbankrotten. Für «Neue Kreditvereinbarungen sollte die Schweiz achtzehn Milliarden Franken bereitstellen. Das sind über 30 Milliarden Franken, eine

unglaubliche Summe. Im Verhältnis zu den beteiligten Euro-Staaten wie Deutschland oder Österreich zahlen wir überproportional viel. Andere grössere Volkswirtschaften zahlen gar nichts.

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich die Krise auf weitere Staaten ausweitet. Wenn mittelgrosse Volkswirtschaften dazukommen, reicht der aufgestockte IWF-Fonds nicht aus. Damit könnten neue – noch wesentlich grössere – Verpflichtungen auf die Schweiz zukommen. Die Milliarden sind der Schweizer Volkswirtschaft – speziell den Steuerpflichtigen – nicht zuzumuten, um für die finanzpolitischen Missstände anderer Länder zu bluten. Die aktuelle Vorlage sieht keine maximale Obergrenze für die Zukunft vor und – wohlweislich, weil das Volk einer solchen Summe nie zustimmen würde – untersteht die Vorlage auch nicht dem Staatsvertragsreferendum. Der Bürger soll zahlen und schweigen!

In den Strudel hineingezogen

Die Risikolage steigt zunehmend. Die Schweiz wird in den internationalen Finanzstrudel mit hineingezogen. Schweizer Steuermilliarden sollen für eine gescheiterte Währung ausgegeben werden. Natürlich ist unser Interesse an einem stabilen Europa immens. Eine nachhaltige Wirkung wird so aber nicht erzielt, im Gegenteil! Bisherige Stützungspakete verpufften, weil sie

das kranke System nicht ändern. Es braucht eine grundlegende Reform, welche die Probleme an der Wurzel packt statt neue Schulden- und Kredittürme. Wie sollen Staatsschulden eingetrieben werden, wenn die Zinslasten über den Wachstumsraten liegen. Der IWF hat kein konkretes Konzept gegen die Überschuldung der Staaten.

Verbissene Euro-Ideologie

Aufgabe der Schweiz wäre es, die Auswirkungen eines allfälligen Aufbrechens oder einer Reorganisation des Euros und des Finanzsystems auf unsere Währungsreserven, Pensionskassen, Banken usw. möglichst gering zu halten. Insbesondere stellt sich die Frage, ob wirklich Stabilität geschaffen wird, indem über solche Zahlungen noch grössere Blasen gebildet werden. Könnte dies die Folgen eines Platzens nicht schwerwiegend vergrössern? Wäre eine grundlegende Reform, bei welcher man zugibt, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb Europas mit dem marktwidrigen Fehlkonstrukt Euro nicht ausgeschaltet werden können und der heutige Euro so nicht funktionieren kann, nicht besser für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Schweiz?

Die Staaten der Eurozone sind zu unterschiedlich für eine gemeinsame Währung. Die verbissene Euro-Ideologie kostet Europa den Kopf, wenn die EU-Poli-



tiker nicht eingestehen, dass sie falsch kalkulierten. Dafür dürfen wir nicht mitbezahlen.

Brisant ist, dass mit den Milliarden primär masslose Spekulationsgeschäfte ausländischer Banken finanziert werden! Es werden Darlehen zurückbezahlt, welche ausländische Banken den faktisch bankrotten Staaten zu sehr hohen Zinsen gaben. Bisher ist keine Beteiligung der Gläubiger geplant.

Die Befürworter der Vorlage müssen dem Bürger Rechenschaft ablegen, ob es richtig ist, dass wirtschaftlich erfolgreiche Staaten notorische Defizitsünder dauerhaft finanzieren. Welche Verantwortung trägt die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied und als Nicht-Euro-Land für diese Krise? Welche Verantwortung tragen Schweizer Steuerzahler für Spekulationsgeschäfte ausländischer Banken? Keine!

Orientierung nach unten

Uns Gegnern der Vorlage wirft man vor, wir würden die Schweizer Interessen an einem stabilen Europa vergessen. Im Gegenteil! Das heutige System organisierter Verantwortungslosigkeit schwächt Europa. Geldverschwendung wird belohnt, bis den Letzten die Hunde beißen. Europa hat seine Stärke dem Wettbewerb der Staaten zu verdanken. Die Transfergemeinschaft führt hingegen zu einer Abstumpfung: Man orientiert sich nach unten. Die Guten finanzieren die Schlechten, so lange, bis es keine Guten mehr gibt. Europa wird, wenn sich die Währungen wieder auf- und abwerten können, gestärkt!



Lukas Reimann

Nationalrat SVP, Kanton St. Gallen

SERVICE

Radio-/TV-Programme	12
Wetter/Sudokus	13
Zahlen & Fakten Sport	16
Kino/Theater	18
Börse	19/21

ANZEIGEN

Marktplatz	17
Ostevent	18
Fondspreise	19
Stellenmarkt	20/28
Traueranzeigen	26/27



St. Galler Tagblatt Gesamtausgabe

23.12.2010

Auflage/ Seite 94139 / 2

Ausgaben 300 / J.

9095

8492331

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Appenzeller Zeitung	14'045
Der Rheintaler	11'213
St. Galler Tagblatt Rorschach	7'474
St. Galler Tagblatt, (Stadt & Region)	29'504
Tagblatt (Thurgau)	12'584
Toggenburger Tagblatt	4'774
Wiler Zeitung	14'545